

022_pol

Antrag zum Parteitag

Datum	02.02.2023
Antragsteller	
Mitgliedsnummer	
Kontakt	
Gegenstand / Thema	Wählerwillen
abstimmungsfähiger Wortlaut	<p>Die Versammlung möge als Empfehlung zur Verkündung an alle ihre Mitglieder Folgendes beschließen:</p> <p>DieBasis vertritt keine eigenen Interessen, sondern den Wählerwillen. Allen Mitgliedern wird angesichts der Wichtigkeit dieses Themas sowie dem zu erwartenden Zuspruch seitens der Bevölkerung im Hinblick auf die kommenden Wahlen daher empfohlen, bei allen Veranstaltungen und an allen Informationsständen auf Fragen, wofür die Partei stehe, besonders auf die Wichtigkeit des friedlichen Zusammenlebens innerhalb der Gesellschaft, aber auch in den außenpolitischen Beziehungen, hinzuweisen, da nur miteinander und nicht gegeneinander, also nur bei friedlicher Zusammenarbeit Freiheit, Streben nach Glück und Wohlstand erreicht werden können, während Spaltung und Krieg neben Anfeindung, schweren Umweltschäden und inzwischen unkalkulierbarer Eskalationsgefahr jedenfalls immer auch Geldmittel bindet, die für alle übrigen Bedürfnisse der Bevölkerung (wie Gesundheit, Umweltschutz, Infrastruktur, Bildung usw.), bei Missachtung dieser Erkenntnis, nicht mehr zur Verfügung stehen. DieBasis will daher die politische Kraft in Deutschland werden bzw. ist es bereits, die sich für Toleranz im Umgang miteinander sowie Versöhnung und Zusammenarbeit mit allen Nationen, statt Kriegsgeschrei, Intoleranz und Hegemoniestreben einsetzt, weil die Menschen in unserem Land eine andere Politik wollen und verdient haben. Dazu müssen alle Wahlberechtigten aber möglichst flächendeckend erfahren, dass dieBasis entgegen vielerlei anderslautender Medienbemühungen Zusammenarbeit und Toleranz als Schwerpunktaufgaben und als den Willen der Bevölkerung ansieht und die Wahlberechtigten deshalb um ihre Stimme bittet.</p>

Begründung

Wenn wir das Thema, mit dem wir am meisten Punkten, nicht kräftig priorisieren, erhalten wir zu wenige Stimmen.

Beispiel: Fast alle Normalmenschen sind gegen Waffenlieferungen an die Ukraine, aber die Einen wünschen sich mehr Umweltschutzaktivität, die Anderen schimpfen auf protestierende Aktivisten als "Umweltterroristen".